Seongeon Park, Jonggeol Na, Minjun Kim, Jong Min Lee

Multi-objective Bayesian optimization of chemical reactor design using computational fluid dynamics.

die entwicklung der beschäftigung und der lage auf dem deutschen arbeitsmarkt bleibt derzeit' deutlich hinter den erwartungen zurück und stellt sich vor allem auch im internationalen vergleich als unbefriedigend dar. bei der diskussion von ursachen für die diesbezüglichen probleme spielen nicht nur strukturdefizite und die vielfach als überreguliert kritisierten institutionellen rahmenbedingungen eine rolle. häufig werden in diesem zusammenhang auch zweifel nicht nur an der intensität der suchbemühungen, sondern darüber hinaus auch an der flexibilität der ansprüche und der arbeitsmotivation von arbeitslosen und anderen nichterwerbstätigen angemeldet, derartige einschätzungen liegen auch den neuerdings von einigen europäischen regierungen präferierten maßnahmen einer 'aktivierenden' arbeitsmarktpolitik zugrunde, die darauf abzielen, die eigeninitiative von arbeitslosen über anreize und sanktionen zu intensivieren. darüber hinaus ist in den vergangenen monaten auch die arbeitsweise, leistungsfähigkeit und kompetenz der öffentlichen arbeitsvermittlung in zweifel gezogen worden. dabei wird allerdings manchmal übersehen, dass die öffentliche arbeitsvermittlung in diesem kontext nur ein akteur unter anderen ist und in ihrer arbeit von vielfältigen rahmenbedingungen abhängt, in erster linie dem vorhandensein von offenen stellen und deren meldung durch die arbeitgeber. die arbeitsmarktpolitik hat mittlerweile jedoch nicht nur in deutschland, sondern in der mehrzahl der europäischen länder die institutionellen grundlagen der arbeitsvermittlung im sinne einer aufhebung bzw. abschwächung der früheren monopolstellung der öffentlichen arbeitsvermittlung reformiert und verspricht sich davon impulse für die beschäftigungsentwicklung, offen bleibt jedoch, inwieweit mit derartigen maßnahmen struktur- und wachstumsschwächen kompensiert werden können.'

1. Einleitung

Bereits seit den 1980er Jahren problematisieren sozialwissenschaftliche Geschlechter-forscherinnen und Gleichstellungspolitikerinnen Teilzeitarbeit als ambivalente Strategie für Frauen Vereinbarkeit von Familie und Beruf: Kritisiert werden mangelnde Existenzsicherung, fehlendes Prestige und die geschlechterhierarchisierende vertikale und horizontale Arbeitsmarktsegregation (Jurczyk/ Kudera 1991; Kurz-Scherf 1993, 1995; Floßmann/Hauder 1998; Altendorfer Tálos 1999). 1999; wohlfahrtsstaatlichen Arbeiten wird hervorgehoben, dass Ideologie und Praxis Teilzeitarbeit, die als "Zuverdienst" von Ehefrauen und männlichen Familieneinkommen konstruiert werden, das male- breadwinner-Modell (Sainsbury 1999) selbst dann noch stützen, wenn dieses angesichts hoher struktureller Erwerbslosigkeit und der Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse bereits erodiert ist. Als frauenpolitisch intendiertes Instrument wird schließlich Teilzeitarbeit verkürzte als "Bedürfnisinterpretation" (Fraser 1994) identifiziert:

Die Arbeitszeitreduktion von Frauen wird als Vereinbarung von Familie und Beruf, nicht aber von Familie und Karriere gedacht und realisiert.

Aus der Sicht von PolitikerInnen, Führungskräften und SozialwissenschafterInnen verlangen hochqualifizierte Funktionen und leitende Positionen, d.h. Arbeitsplätze, die mit Macht, Geld und gesellschaftlichem Ansehen ausgestattet sind, ungeteilten Einsatz, Anwesenheit und Loyalität. Leitbilder von Führung enthalten die Prämisse der "Rund-um-die-Uhr-Verfügbarkeit" im Sinne eines weit über die Normalarbeitszeit hinausgehenden zeitlichen Engage-ments (Burla et al. 1994; Kieser et al. 1995).

Demgegenüber gibt es aber empirische Evidenzen dafür, dass Leitungsfunktionen im Rahmen verkürzter Arbeitszeit wahrgenommen werden können. Ein Beispiel sind öffentlich Bedienstete, die in Österreich zur Ausübung eines politischen Demgegenüber gibt es aber empirische Evidenzen dafür, dass Leitungsfunktionen im Rahmen verkürzter Arbeitszeit wahrgenommen werden können. Ein Beispiel sind öffentlich Bedienstete, die in Österreich zur Ausübung eines politischen Man2002s (Nationalrat, Bundesrat,